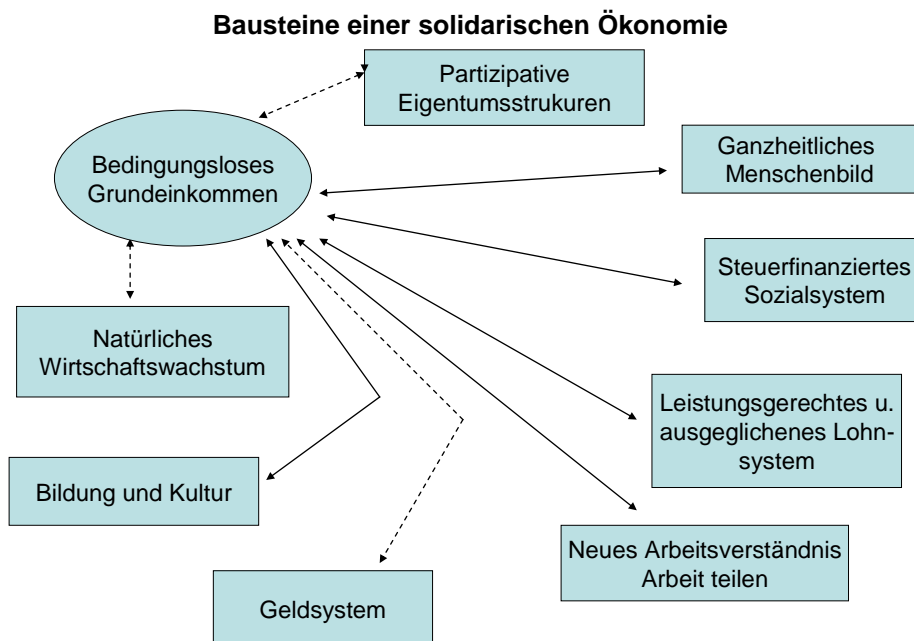


Grundeinkommen für alle Bürger/innen

Gliederung:

1. Einordnung des Grundeinkommens (GE) in das System „solidarische Ökonomie“
2. Beschreibung der aktuellen Situation
3. Das Menschenbild in einer solidarwirtschaftlichen Gesellschaft
4. Idealtypisches Konzept eines bedingungslosen Grundeinkommens
5. Verschiedene Modelle eines Grundeinkommens
6. Grundzüge des Modells der negativen Einkommenssteuer
7. Folgen des bedingungslosen Grundeinkommens
8. Die Finanzierung
9. Das Grundeinkommen in Verbindung mit einer neuen Arbeitskultur und einer partizipativen Unternehmensführung
10. Kritische Einwände

1. Einordnung in das System „solidarische Ökonomie“



Erläuterung zu den Pfeilen:



Zwischen diesen Bausteinen besteht eine Wechselbeziehung. Die Ausgestaltung dieses Bausteins ist nur sinnvoll im Zusammenhang mit dem jeweilig anderen Baustein.



Zwischen diesen Bausteinen besteht eine Zielkongruenz, d.h. die Erreichung des einen Ziels widerspricht sich nicht mit der Erreichung des anderen Ziels.

Die Aussage der Übersicht erschließt sich im Verlauf des folgenden Textes, der sich immer wieder auf diese Übersicht bezieht.

Aus der Übersicht wird bereits deutlich, dass das Grundeinkommen ein Baustein in dem System einer solidarisch organisierten Gesellschaft ist. Eine isolierte Betrachtungsweise des Grundeinkommens, ohne Bezug auf dieses System, wird unserem Ansatz nicht gerecht.

2. Beschreibung der aktuellen Situation

Die positive Seite:

Wir – die westlichen Industrienationen - leben im Überfluss. Die Produktivität der Arbeit ist mittlerweile so hoch, dass nicht alle Menschen gezwungen sind, ihre ganze Energie und Zeit in eine Erwerbsarbeit zu investieren.

Die negative Seite:

Die Zahl der Erwerbsarbeitsplätze nimmt ab, d.h. es gibt für eine steigende Anzahl von Menschen nicht mehr die Möglichkeit, einer Vollzeitwerbsarbeit nach altem Muster nachzugehen. Im herrschenden kapitalistischen System ist sogar davon auszugehen, dass die Zahl der Arbeitslosen (offiziell und verdeckt) erheblich zunehmen wird.

Die Menschen sind immer noch auf das Einkommen aus der Erwerbsarbeit angewiesen, wollen sie nicht verhungern oder in Armut geraten. Wer keine Erwerbsarbeit findet, muss sich häufig menschenunwürdigen Überprüfungen aussetzen und in vielen Fällen Arbeiten annehmen, die einer schlichten Ausbeutung gleichkommen. (1€-Jobs, prekäre Arbeitsverhältnisse, etc.). Neben diesem entwürdigenden Umgang reicht das Geld häufig kaum zum Erreichen des Existenzminimums (je nach Berechnung liegt dies zwischen ca. 630 € (steuerrechtlich) und knapp 990,00 € (schuldrechtlich/Pfändungsgrenze). Das Prinzip „Fördern und Fordern“ wird vom Staat als Repressionsinstrument eingesetzt und bedeutet einen Eingriff in die Freiheitsrechte des Einzelnen.

Trotz dieser dirigistischen Eingriffe des Staates wächst die Verschuldung des Staates in einer nicht verantwortbaren Art und Weise. Eine Ursache der steigenden Staatsverschuldung liegt in den ständig anwachsenden Sozialleistungen. Die demographische Entwicklung und die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt werden zu dauerhaft steigenden Ausgaben des Staates in diesem Bereich führen.

Für den Einzelnen sinken! dagegen die Sozialleistungen und nähern sich immer mehr einer prekären Armutssituation an.

Die Finanzierung der Sozialleistungen erfolgt zurzeit etwa zu 60% durch Sozialbeiträge der Arbeitnehmer (AN) und Unternehmer (UN) und zu 40% durch Steuer finanzierte Zuwendungen.

Dies hat zwei negative Konsequenzen:

1. Der ausgezahlte Nettolohn beträgt im Durchschnitt gerade 58% des Bruttolohns.
2. Die hohen Lohnnebenkosten der UN wirken wie eine Strafsteuer für Arbeit und tragen somit wesentlich zu der hohen Arbeitslosigkeit bei.

Der Staat hat zurzeit weder ein überzeugendes Konzept zum Umgang mit den rückläufigen Erwerbsmöglichkeiten noch zur Finanzierung der ständig steigenden Sozialausgaben. Die herkömmliche Sozialpolitik geht immer noch von eigentlich überholten Prämissen aus, nämlich:

- a) von der **klassischen Bevölkerungspyramide** mit vielen Jungen und wenigen Alten,
- b) von einer **wachsenden Wirtschaft**, die für einen stetig größeren Verteilungsspielraum sorgt und
- c) von einer **lebenslangen Erwerbstätigkeit als Regelfall**, woraus sich der Anspruch an sozialstaatliche Unterstützung ableitet.

Keiner der drei Pfeiler entspricht den gegenwärtigen oder gar den künftigen Tatsachen:

- a) demographische Veränderungen werden dazu führen, dass immer weniger Erwerbstätige immer mehr Rentner(innen) gegenüberstehen;
- b) wirtschaftliche Wachstumskräfte haben sich in den letzten 15 Jahren deutlich abgeschwächt und die Wachstumsraten der deutschen Wirtschaft liegen nicht mehr bei jährlich zwei oder mehr Prozent, sondern unter 1,5 Prozent;
- c) gesellschaftliche Prozesse verändern das traditionelle Familienbild, mit dem lebenslang erwerbstätigen Vater und der eher als Hausfrau und Mutter denn als Berufsfrau aktiven Gattin und lassen gebrochene Lebensläufe mit unterschiedlichen Rollen und wechselnden Bezugspersonen zur Regel werden. Je stärker sich die in der Vergangenheit gesetzten Fundamente von den gegenwärtigen und künftigen Realitäten entfernen, desto stärker verliert das soziale Sicherungssystem seine Verankerung und desto schwerwiegender gerät seine Finanzierung aus den Fugen. Dass eine Reparatur einzelner Symptome nicht hilft, das System zu stabilisieren, ist offensichtlich.

Schlussfolgerung:

Nicht eine Reparatur, sondern allein ein Wechsel des Systems liefert eine nachhaltig tragfähige Lösung. Dazu sind mehrere Paradigmenwechsel nötig:

- a) Das Sozialversicherungssystem muss sich von einer Finanzierung nach Bedürftigkeit trennen.
- b) Die Gesellschaft muss die Integration und Partizipation aller Bürgerinnen und Bürger als Aufgabe anerkennen.
- c) Das Verständnis von Arbeit, die Arbeitsorganisation und die Arbeitskultur müssen grundlegend überdacht und erneuert werden. (siehe Baustein „Neue Arbeits- und Sozialkultur“)
- d) Die Gesellschaft muss sich von dem Menschenbild eines einseitig auf den persönlichen Vorteil bedachten Menschen trennen und auch andere Verhaltensmuster der Menschen in das Kalkül einbeziehen.

These: Das Grundeinkommen ist dann sinnvoll, wenn es gelingt, die Aspekte der Finanzierung, der Arbeitskultur, der Partizipation und die des Menschenbildes in einem stimmigen Konzept zu vereinen.

3. Das Menschenbild in einer solidarwirtschaftlichen Gesellschaft

(vgl. zu dem gesamten Abschnitt auch den Baustein „Menschenbild“)

Jeder Mensch hat das Recht in Würde (menschengerecht) zu leben – unter allen Umständen, unabhängig davon, ob er der Gesellschaft „von Nutzen ist“. Jeder Mensch hat **demnach** das Recht auf Nahrung, Arbeit, auf Unterkunft, medizinische Versorgung, Bildung, etc. (Dieser Grundsatz gilt prinzipiell bereits für die heutige Gesellschaft – Sozialstaatsprinzip.)

Es ist eine Gesellschaft anzustreben, in der Solidarität ohne Existenz bedrohende Sanktionen und menschenunwürdigen Bedarfsprüfungen und Freiheit miteinander verknüpft sind.

„An Stelle des sozialdarwinistischen neoliberalen Menschenbildes setzen wir ein ganzheitliches, christlich-humanistisches Menschenbild, das auch andere Weltreligionen weitgehend teilen: Dem Menschen sind sowohl egoistische Anlagen gegeben und das Streben nach Selbstbehauptung, Eigenutz und Bereicherung als auch altruistische Bedürfnisse und Gaben der Solidarität, der Verantwortung, des sinnvollen Verzichts, der Nächstenliebe und der spirituellen Sinnsuche.

Beide Anlagen sind lebensnotwendig, müssen aber in ein Verhältnis zueinander gebracht werden, in welchem die solidarischen und gemeinschaftsförderlichen Gaben die selbstbezogenen Bestrebungen eingrenzen und tragen. Sowohl soziale Gemeinschaften wie auch der einzelne Mensch finden gelingendes Leben nicht im Ausleben von Egoismen, nicht im Immer-Mehr-Haben, nicht in Kampf und Konkurrenz, sondern in Kooperation und Beteiligung, in Empathie und Nächstenliebe, Wertschätzung und spiritueller Sinnfindung².

Entscheidend für die Entwicklung der lebensdienlichen Gaben des Menschen sind die Stimulanzen aus seiner Umwelt: Eltern, Bildung, Kultur und Wirtschaft. Darum muss der auf Neid, Kampf und Konkurrenz gerichtete gesellschaftliche Mainstream überwunden werden.“²

Dem immer wieder geäußerten Einwand, dass die Bürgerinnen und Bürger sich in folge des GE auf die faule Haut legen würden und nicht mehr arbeiten würden, sind – legt man das Menschenbild einer solidarischen Ökonomie zu Grunde - eine Reihen von Gegenargumenten entgegenzuhalten:

1. Die Behauptung, der Mensch sei träge und nicht gemeinschaftsfähig, gilt sicher für den entfremdeten überarbeiteten Menschen, der sich tagaus tagein in einem kapitalistischen System über Wasser halten muss.
2. Das System der solidarischen Ökonomie geht von einem anderen Arbeitsverständnis aus, als es der kapitalistischen Produktion zu Grunde liegt.
3. Menschen sind auch träge und egoistisch, aber Menschen, haben ein starkes Bedürfnis nach einem Sinn erfüllten Leben, sind emphatisch, wollen sich für die Gesellschaft, für andere Menschen, en-

² Quelle: aus „Richtungsanzeige“ vom 20. 2. 2009

- gagieren. Sie wollen Verantwortung übernehmen. Die große Mehrheit der Menschen will arbeiten. Arbeit ist nicht nur Broterwerb sondern identitäts- und sinnstiftend.
4. In einer solidarischen Gesellschaft werden die Bürger mit in gesellschaftliche und wirtschaftliche Entscheidungsprozesse (s. Unternehmensverfassung) einbezogen. Wirkliche Demokratie fördert das Engagement und das Verantwortungsbewusstsein.
 5. Das Grundeinkommen ist nicht üppig. Wer ein etwas luxuriöseres Leben führen will, muss arbeiten – auch wenn er es nicht zur Vermeidung des Hungers nötig hätte.
 6. Menschen brauchen Struktur. Sie sind glücklicher, wenn sie klare Tagesabläufe, Zeiten und Verpflichtungen haben.
 7. Menschen brauchen soziale Kontakte.
 8. Menschen haben Interesse an Dingen, an den Inhalten einer Arbeit. Sie sind für eine Sache oder Arbeit motivierbar. Arbeitskräfte arbeiten dann gut und effektiv, wenn sie sich aus sich heraus (intrinsisch) für etwas interessieren. Die Motivation durch Geldanreize (extrinsisch) ist – wenn überhaupt - allerhöchstens kurzfristig. Dies ist Basiswissen moderner Unternehmensführung.
 9. Menschen haben ein Interesse an Selbstverwirklichung.

3. Idealtypisches Konzept eines Grundeinkommens

Die **Eckpfeiler** des idealtypischen Grundeinkommenskonzeptes sind:

1. Der Staat garantiert allen Staatsbürgern ein Einkommen, das eine menschenwürdige Existenz ermöglicht. Diese Pflicht hat der Staat nach Artikel 1 des GG. Gegenwärtig versucht der Staat durch die Hartz IV-Gesetzgebung dieser Pflicht zu entsprechen.
2. Dieses Einkommen erhält jeder Bürger ohne entwürdigende Bedürftigkeitsprüfung im Sinne eines sozialrechtlichen Subsidiaritätsprinzips. Zu Gunsten des Grundeinkommens entfällt ein großer Teil der bisherigen Sozialtransfers wie Arbeitslosengeld, Hartz-IV-Zuwendungen, Wohngeld, Kindergeld, Bafög etc..

Ausgestaltung:

- Der Staat lässt allen Staatsangehörigen lebenslang eine der Menschenwürde nach Art. 1 GG entsprechende Transferzahlung zu kommen. Die Höhe des Grundeinkommens soll sich an der Höhe des soziokulturellen Existenzminimums orientieren. Je nach Modell erhalten Erwachsene z.B. 700,00 €, Kinder 300 350 €.
- Das Grundeinkommen wird ohne Gegenleistung, ohne Antrag und damit ohne bürokratischen Aufwand als sozialpolitischer Universaltransfer ausbezahlt (bzw. über die negative Einkommenssteuer verrechnet).
- In das Grundeinkommenssystem werden alle deutschen Staatsangehörigen sowie Ausländer in Abhängigkeit von ihrem Bleiberecht und ihrer Aufenthaltsdauer einbezogen.
- Zusätzliche Transferleistungen sind prinzipiell in Einzelfällen weiter denkbar, diese werden dann nach Bedürftigkeit ausgezahlt z.B. Behindertenzulage u.ä..
- Das Grundeinkommen wird aus dem allgemeinen Staatshaushalt über direkte und indirekte Steuern finanziert. Mit der Einführung des Grundeinkommens ist eine grundlegende Reform der Steuersystematik sinnvoll und notwendig. Stichworte der Steuerreform wären: die Versteuerung aller Einkommen an der Quelle, die Einführung einer Devisenumsatzsteuer, etc. (siehe Baustein Steuersystematik). An Stelle der arbeitsplatzgebundenen Sozialabgaben der UN tritt eine Wertabschöpfungsabgabe zu Gunsten des Sozialsystems.
- Das Grundeinkommen erhalten alle steuerfrei. Es wirkt wie ein Freibetrag im jetzigen System. Zusätzliches Einkommen wird vom ersten bis zum letzten Euro an der Quelle erfasst und mit einem unter finanz- und sozialpolitisch bestimmten Steuersatz belastet.
- Bei Erwerbsarbeit bleibt die gesetzliche Rentenversicherung bestehen. Das Grundeinkommen bildet eine Art Grundrente, zu der je nach Erwerbsarbeit Erträge der Rentenversicherung treten.

- Für Kranken- und Unfallversicherung gibt es eine Grundversicherungspflicht. Der notwendige Beitrag ist mit dem Grundeinkommen zu verrechnen oder dazu zu addieren. Für die Versicherer besteht Diskriminierungsverbot

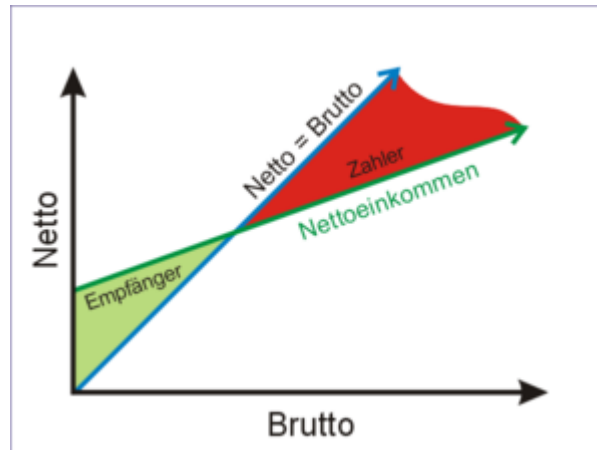
5. Verschiedene Modelle eines Grundeinkommens

Es gibt eine Fülle verschiedenster Modelle eines Grundeinkommens. Hier sollen die wichtigsten benannt werden, bevor das von uns favorisierte ausführlicher beschrieben wird.

- Bürgergeld mit Bürgerarbeit verrechnen (Ulrich Beck, Frank Spieth u.a.):
Statt bisherige Sozialhilfe bekommt jeder Bürger ein Mindestbürgergeld, darüber hinaus materielle (geldliche) und immaterielle (Weiterbildung) Belohnung für Bürgerarbeit (freiwillige, ehrenamtliche Arbeit, zivilgesellschaftliches Engagement). Neben der herkömmlichen Erwerbsarbeit gibt es gemeinnützige Gemeinwohl-Unternehmen, die die Bürgerarbeit organisieren.
Folgen: Zwang zur Erwerbsarbeit sinkt, kürzere Regelarbeitszeit findet sich von allein ein, soziale Absicherung ist für alle gegeben; großer Gewinn für aktive Demokratiebeteiligung der Bürger, für zivilgesellschaftliches Leben und geldunabhängiges Gemeinwohl!
- Gestuftes „Solidarisches Bürgergeld“ (Althausmodell):
Das Solidarische Bürgergeld bekommt bedingungslos jeder Bürger und tritt an Stelle aller bisherigen Sozialleistungen einschließlich der (Grund-)Rente. Es wird in zwei Varianten gezahlt:
 - „Große Bürgergeld“: Erw.: 600 €; Kinder: 300 € plus 200 € für gesetzliche Kranken- und Renten-Grundversicherung
 - „Kleines Bürgergeld“: Erw.: 200 €, plus 200 € für gesetzliche Kranken- und Rentenversicherung. Freie Wahl, ob großes oder kleines Bürgergeld.
Steuern werden vom Zusatzverdienst erhoben: bei großem Bürgergeld: 50% der Einkünfte, bei kleinem Bürgergeld: 25% der Einkünfte.
Folgen: Entbürokratisierung, Integration der Kranken- und Rentenversicherung ins Bürgergeld. Aber Aufhebung der Beteiligung der UN am Sozialsystem; unsoziales Steuersystem, das es die höher belastet, die auf des „große Bürgergeld“ angewiesen sind; verstärkte Spaltung zwischen arm und reich.
- Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) nach Götz Werner:
Jeder Bürger bekommt bedingungslos ohne Antrag und Bedürftigkeitsprüfung ein relative hohes Grundeinkommen von anfangs 800, später bis 1500 €. Zur Finanzierung werden alle Steuern abgeschafft, dafür wird eine sehr hohe gestaffelte Verbrauchsteuer eingeführt von mindestens 50% bis 200% (auf Luxusgüter).
Folgen: große Entbürokratisierung, große Entlastung auf dem Arbeitsmarkt, automatische Reduzierung der Regelarbeitszeit, mehr Potential für Familienarbeit, Eigenarbeit, zivilgesellschaftliche Beteiligung; Belastung der Geringverdiener durch hohe Verbrauchssteuern.
- Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) mit gesetzliche Arbeitszeitverkürzung (W.Engler u.a.):
Teilen des Arbeitsvolums für alle Erwerbsfähige durch Reduzierung der Regelarbeitszeit auf z.B. 30 Wochenstunden; so neue „Vollbeschäftigung“ in sehr freier flexibler Weise.
Jeder Bürger bekommt bedingungslos ein Grundeinkommen, das in der Höhe nur die soziale Grundsicherung abdeckt, z.B. Erwachsene 600 bis 800 €, Kinder die Hälfte.
Folgen: unbürokratische soziale Grundabsicherung für alle; gleichmäßige und sehr flexible Beteiligung aller an Erwerbsarbeit; durch Arbeitszeitverkürzung und BGE große Entlastung in der Erwerbsarbeit (Zeitwohlstand), mehr freies Potential für Familienarbeit, Eigenarbeit, zivilgesellschaftliche Beteiligung.
(genauer in Baustein „Neue Arbeits- und Sozialkultur“)
- Grundeinkommen durch negativer Einkommenssteuer mit Lohn verrechnet (W.Kessler u.a.):
(wird im folgenden ausführlich dargestellt)

6. Grundzüge des Modells der negativen Einkommenssteuer

Wie bereits ausgeführt, geht das hier vorgestellte Konzept von dem **Modell der negativen Einkommenssteuer** aus. Die Wirkungsweise dieses Modells soll hier nur kurz vorgestellt werden. Eine detaillierte Darstellung und Würdigung des Modells würde den Rahmen dieses Aufsatzes sprengen. Der Grundgedanke ist bereits in den 60er Jahren von Milton Friedman entworfen worden. Er wird in der Literatur häufig anhand der folgenden Grafik erläutert:



Die Linie, die aus dem Ursprung kommt stellt die Ausgangssituation ohne Steuersystem dar, die Linie, die weiter oben auf der Ordinate beginnt, entsteht durch die negative Einkommenssteuer. Bei einem geringen Einkommen erhält man also Transferzahlungen, bei einem hohen Einkommen zahlt man Steuern.

Legt man einen einheitlichen Steuersatz von 33,33% und ein jährliches Grundeinkommen von 5000 € zugrunde, lässt sich die Steuerschuld nach folgender Formel berechnen.

$$\text{Steuerschuld} = \left(\frac{1}{3} \cdot \text{Einkommen} \right) - 5000 \frac{\text{EUR}}{\text{Jahr}}$$

Bei einem jährlichen Einkommen von 90.000,- € wären nach dieser Formel 25.000,- € Steuern zu entrichten, bei einem Einkommen von 15.000,00 € pro Jahr läge die Steuerschuld bei null. Bei einem Einkommen von 6.000,00 € im Jahr bekäme der Haushalt Transferzahlungen in Höhe von 3000,00 € vom Staat. Bei einem Einkommen von 0,- € pro Jahr hingegen bekäme der Haushalt Transferzahlungen in Höhe von EUR 5000,- €. Einkommensschwache profitieren also stärker von diesem System als die Bezieher hoher Einkommen.³

In einer Studie des Weltwirtschaftsinstituts in Hamburg (HWWI) findet sich folgendes Zahlenbeispiel⁴:

³ Vgl. wikipedia, Artikel „negative Einkommenssteuer“

⁴ Straubhaar, Thomas, Bedingungsloses Grundeinkommen und solidarisches Bürgergeld – mehr als solidarutopische Konzepte. Hamburg 2008

Beispiel für die Wirkung eines Grundeinkommens

Grundeinkommen:	für alle identisch 7500 € pro Jahr		
Direkter Steuersatz:	für alle Einkommensarten 50 % Est (Flat Tax) an der Quelle erhoben		
Bruttoeinkommen:	100 000 €	50 000 €	15 000 €
Bruttosteuerschuld:	50 000 €	25 000 €	7500 €
Nettosteuerschuld:	42 500 €	17 500 €	0 €
Nettosteuersatz:	42,5 %	35 %	0 %

Die Kombination von Grundeinkommen und Flat Tax führt zu einer progressiven Besteuerung (sowohl bei der absoluten Steuerschuld wie beim Steuersatz) und das Grundeinkommen wirkt wie eine Steuergutschrift.

7. Folgen des Grundeinkommens

- Das Grundeinkommen garantiert das soziokulturelle Existenzminimum jeden Bürgers.
- Jeder Bürger hat die Freiheit sein Leben autonom zu gestalten, ohne Angst vor einer Existenz bedrohenden Armut haben zu müssen.
- Die Arbeit in der Familie, im Ehrenamt, etc. wird honoriert.
- Für alle AN verkleinert sich die Differenz zwischen Brutto und Nettolohn (SV-Beiträge entfallen oder werden zumindest geringer.)
- Die Negativsteuer in Verbindung mit dem Grundeinkommen bewirkt eine geringere Belastung der Geringverdiener und eine höhere Belastung der Gutverdienenden. Die Schere zwischen arm und reich wird geringer.
- Es lohnt sich, über das GE hinaus zu verdienen, da zunächst (je nach Modell) der Zuverdienst auf das Grundeinkommen nicht angerechnet wird.
- Die Lohnnebenkosten sinken, der Produktionsfaktor Arbeit wird billiger und attraktiver, mit der Folge einer sinkenden Arbeitslosenquote.
- Schwarzarbeit wird unattraktiver. (Ggf. sind Sanktionen denkbar – Kürzung des GE)
- Der Sachverständigenrat weist in seinem Gutachten 2007/08 darauf hin, dass „es zu massiven Arbeitsplatzangebotseffekten“ in Folge eines GE kommen kann. Er rechnet mit über eine Millionen zusätzlichen Arbeitsplätzen.
- Der Staat spart einen gewaltigen Verwaltungsapparat. Die Bürokratie wird verschlankt und effizienter.
- Die Möglichkeiten des Betrugs des Staates durch „arm rechnen“ werden geringer.
- Unangenehme Arbeit wird weitgehend durch Maschinen ersetzt oder in einem solidarischen Verfahren verteilt, wenn sie nicht durch Maschinen ersetzt werden kann, wird sie so gut bezahlt, dass sich Menschen finden, die sie verrichten wollen.
- Wer sicher ist, dass ein Misserfolg nicht zu einem bodenlosen Fall in Not und Armut führt, wird mehr wagen. (Existenzgründungen, Ausbildungen, etc.)
- Das GE führt zu einer menschenwürdigen Individualisierung der staatlichen Transferleistungen. D.h. jeder Bürger, jede Bürgerin bekommt des GE unabhängig von den Lebensgemein-

schaften, in denen er/sie lebt. Ökonomischen Abhängigkeitsverhältnissen wird der Boden entzogen.

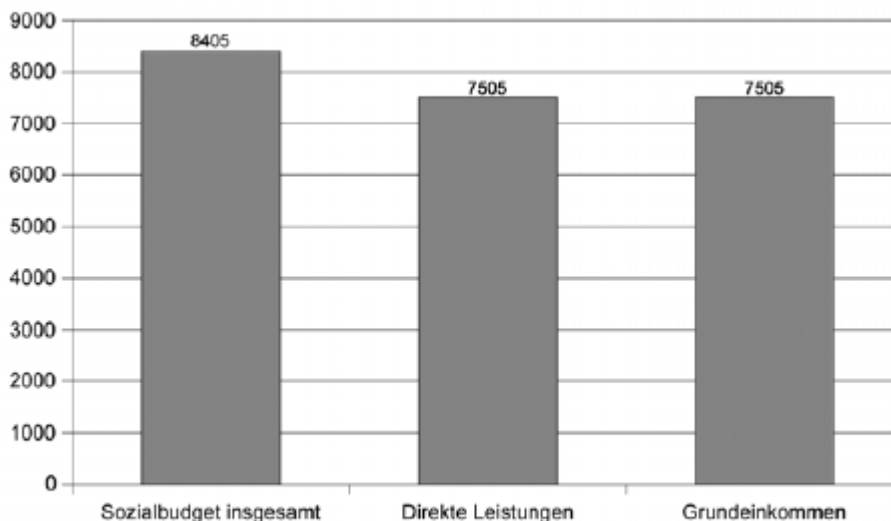
- Das GE in Verbindung mit der negativen Einkommenssteuer hat eine umverteilende Wirkung. Hohe Einkommen werden stärker belastet, geringe Einkommen erhalten eine Steuer, oder bezahlen deutlich weniger
- Armut wird vermieden.
- Teilzeitarbeit wird wesentlich attraktiver. Beruf und Familie sind leichter vereinbar.
- Eine Psychologie des Mangels erzeugt Neid, Hass, Angst, Egoismus. Eine Psychologie des Überflusses erzeugt bzw. ermöglicht Initiative, Glaube an das Leben und Solidarität

8. Die Finanzierung

Auch die Problematik der Finanzierung kann hier nur in groben Zügen behandelt werden. Generell lässt sich sagen, dass die meisten Untersuchungen zu dem Ergebnis kommen, dass ein Grundeinkommen relativ problemlos finanzierbar ist, wenn es nicht zu hoch ist (also bei ca. 700,00 € liegt). Detaillierte Berechnungen hierzu finden sich z.B. in dem Gutachten des Sachverständigenrates 2006/07 oder in einer Studie des Weltwirtschaftsinstituts in Hamburg aus dem Jahr 2007.

Einige grundlegende Überlegungen aus der Studie des HWWI werden hier kurz sinngemäß vorgestellt: Für alle 82,5 Millionen in Deutschland wohnenden Personen gibt der Staat pro Person jährlich insgesamt rund 8400 € aus, davon mehr als 7500 € in Form direkter Leistungen. Diese Summe stünde also bei einem vollständigen Systemwechsel und einem ebenso vollständigen Verzicht auf alle heute im Rahmen des Sozialbudgets finanzierten Leistungen (inklusive der Kosten der Sozialbürokratie) für ein Grundeinkommen zur Verfügung.

Abb. 2: Sozialbudget für Deutschland pro Person der deutschen Wohnbevölkerung 2004 in €



Datenquelle: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2006):
Jahresgutachten 2006/07, Wiesbaden 2006, S. 570

Nach der Studie des HWWI würde ein BGE, wie es z.B. Althaus vorschlägt, zu einem Plus zwischen 40 und 100 Mrd. € für die öffentliche Haushalte führen. Die Einzelheiten der Finanzierung variieren natürlich mit jedem Modell.

Kernelemente aller Finanzierungsmodelle sind:

- Besteuerung aller Einkommen aus Arbeit, Boden, Kapital (Einkommenssteuern, Wertschöpfungsabgabe, Zinssteuer, Devisenumsatzsteuer, etc.)
- Einige Modelle ziehen auch eine Erhöhung der indirekten Steuern mit in die Rechnung ein.

- Die Einführung einer negativen Einkommenssteuer in Verbindung mit einer Flat-Tax (=einheitlicher Steuersatz)
- Erhebliche Verminderung der Sozialleistungen des Staates
- Abbau von Bürokratie
- Mehreinnahmen durch geringere Möglichkeiten zum Steuerbetrug (z.B. durch Schwarzarbeit)
- Mehreinnahmen durch deutlich stärkere Belastung der Besserverdienenden. (Liegt die durchschnittliche Steuerlast (aller Einkommen) zurzeit bei 16%, (2004: 185 Mrd €) könnte sie durch die Flatrate in Verbindung mit der negativen Einkommenssteuer auf 35% (2004: 1350 Mrd. €) ansteigen. (Quelle: Beschlussvorschlag der Grünen vom 27.11.2007)

9. Das Grundeinkommen im Verbindung mit einer neuen Arbeitskultur und einer partizipativen Unternehmensführung

Der Wert der Arbeit liegt nicht allein in der materiellen Wertschöpfung (Produktion, Gewinne, Lohn), sondern ebenso in ihrer **sozial-psychologischen, kulturellen und sinngebender Wertschöpfung**, ohne die der Mensch nicht Mensch sein kann.

Die ganzheitlichen Werte der Arbeit sind:

a) <u>materieller Wert:</u> Produktivität, Entlohnung, Gewinn	b) <u>sozialer Wert:</u> soziale Einbindung und Anerkennung, soziale Sicherheit	c) <u>psychischer Wert:</u> Kreativität; Kommunikation ganzheitliche Betätigung, Verantwortung	d) <u>ideeller und ethischer Wert:</u> individuelle Sinnfindung, dem Guten, der Gemeinschaft dienen
---	--	--	---

Es kann also nicht die Absicht des Grundeinkommens sein, Menschen zu motivieren, sich aus der Arbeitswelt zurückzuziehen. Es muss, will man diese Ausgrenzung vermeiden, einerseits das Arbeitsvolumen so geteilt werden, dass alle Erwerbsfähigen in Erwerbsarbeit gehen können, andererseits soll es genügend Anreiz geben, das eigenen Potentiale dem Wertschöpfungsprozess zur Verfügung zu stellen. Dem können partizipative Strukturen in den Unternehmen dienen (s. Baustein „Eigentum“) und in Verbindung mit einem Existenz sichernden Grundeinkommen wesentlich dazu beitragen, ein dem §1 des GG entsprechendes Leben führen zu können. Unter den Voraussetzungen einer partizipativen Unternehmensführung ist es auch möglich, Arbeitsverhältnisse weitestgehend flexibel und den persönlichen Verhältnissen angepasst zu gestalten.

Schlussfolgerung:

Gelingt es, das GE in den beschriebenen Zusammenhang (s. Kapitel 1) zu integrieren, tritt die solidarische Ökonomie für ein Grundeinkommen ein, da sowohl für den Einzelnen als auch für die gesamte Gesellschaft (= hohe Produktivität der geleisteten Arbeit) die positiven Aspekte überwiegen.

10. Kritische Einwände

Zum Teil sind diese Einwände schon oben formuliert und diskutiert worden. Trotzdem sollen sie hier noch einmal zusammenfassend angeschaut werden.

1. Wer nicht arbeiten will, hat auch keinen Anspruch auf staatliche Transferleistungen.

Entgegnung:

- Alle Menschen haben – einfach durch ihre Existenz – einen Anspruch auf einen Teil dieser Erde. Die Ressourcen der Erde stehen keinem aufgrund individueller Leistungen und Verdienste zu. (Alaska finanziert konsequenterweise das BGE entsprechend durch eine Steuer auf natürliche Ressourcen, die dort reichlich vorhanden sind).

- Alle Menschen haben einen Anspruch auf das, was vergangene Generationen hinterlassen haben. Hiermit ist v.a. das Wissen gemeint.
- Das GE begünstigt alle, die jetzt schon eine sehr nützliche Tätigkeit leisten, die jedoch nicht am Markt bewertet werden kann (Familienarbeit, Pflegearbeit, etc.) Dieses Unrecht würde aufgehoben, dafür freilich ein anderes Unrecht ermöglicht, nämlich die Tatsache, dass Menschen für „gar nichts tun“ ebenso GE erhalten.
- Einige Menschen sind von der Natur durch ihre geistigen oder physischen Gaben besonders bevorteilt. Es ist zu überlegen, ob diese Menschen auf ihren Schultern die weniger bevorzugten ein Stück mittragen können.

2. Diejenigen, die viel Geld verdienen, benötigen auch kein GE.

Entgegnung:

Es gibt verschiedene Antworten auf dieses Argument. Das oben erwähnte Modell der negativen Einkommenssteuer würde schon dafür sorgen, dass Gutverdienende keinen Vorteil aus dem BGE haben.

3. Der Gesellschaft entgeht durch das GE eine gewaltiger „Input“ an produktiver und nützlicher Arbeit (Opportunitätskosten).

Entgegnung:

- In der jetzigen Arbeitsstruktur reicht die Nachfrage nach Arbeit nicht aus, um Vollbeschäftigung zu erreichen. Kürzere und flexiblere Arbeitszeiten in Verbindung mit einem anderen Entlohnungssystem sind hier erforderlich (s. Baustein Arbeits- und Sozialkultur)
- Nützliche Tätigkeiten kann es reichlich auch außerhalb der Erwerbstätigkeit geben.

4. Das GE ist mit Verschlechterungen im Arbeitsrecht (Niedriglöhne, Kündigungsschutz, etc.) verbunden.

Entgegnung:

Dieses Argument wird verständlicher Weise v.a. aus Sicht der Gewerkschaften vorgebracht.

- Gerade gesellschaftlich notwendige, aber unbeliebte Arbeiten, werden infolge des BGE besser entlohnt. Der Lohnreiz für diese Arbeiten muss relativ hoch sein, damit diese Arbeit erledigt wird.
- Die Gefahren einer Flexibilisierung des Arbeitsmarktes für den einzelnen AN sind in einem kapitalistischen nicht von der Hand zu weisen. Die solidarische Ökonomie fordert deshalb partizipative Unternehmensformen. (s. Baustein „Eigentum“). Ein Problem stellt sicher die Absicherung im höheren Lohnbereich dar, hier muss die Fallhöhe abgefangen werden.

5. Das GE bedeutet das Ende der Wirtschaftswachstums.

Entgegnung:

Das Ende des Wirtschaftswachstums in der jetzigen Form kann durchaus eine gewollte Begleiterscheinung des GE sein. Die momentan geltende Logik, dass die Wirtschafts- und Finanzpolitik für mehr Wachstum zu sorgen habe, da Wachstum die unabdingbare Voraussetzung für eine Lösung des Beschäftigungsproblems und der Verteilungsproblematik sei, ist schlicht falsch.

Literaturhinweise

(chronologische Reihenfolge)

1. Herwig **Büchle**, Lieselotte Wohlgenannt, Sozialakademie Österreich: „**Grundeinkommen** ohne Arbeit. Auf dem Weg zu einer kommunikativen Gesellschaft“, 1985
2. Matthew **Fox**: „Revolution der **Arbeit**. Damit alle sinnvoll leben und arbeiten können“, 1996
3. Franz **Alt**: „Das ökologische Wirtschaftswunder. **Arbeit und Wohlstand** für alle“, Berlin 1997
4. Ulrich **Beck** (Hg.): „Die Zukunft von **Arbeit** und **Demokratie**“, Frankfurt a.M. 2000
5. Hr.:U.Becker, Fr.**Segbers**, Michael Wiedemeyer: „Logik der Ökonomie – **Krise der Arbeit**. Impulse für eine solidarische Gestaltung der Arbeitswelt“, 2001
6. Wolfgang **Belitz**, Hans-Udo Schneider; Jürgen Klute: „Zukunft der **Arbeit** in einem neuen Gesellschaftsvertrag“, Münster 2004
7. Wolfgang **Kessler**: „Bürgergeld für alle – Arbeit und Einkommen teilen“ in Publik-Manifest „Aufbruch in die neue Arbeitswelt“
8. Fritze **Reheis**: „Entschleunigung. **Abschied vom Turbokapitalismus**“, 2004
9. Wolfgang **Engler**: „Bürger, ohne **Arbeit**. Für eine radikale Neugestaltung der Gesellschaft“ Aufbauverlag .2005
10. Niko **Paech**: „**Nachhaltigkeit** zwischen ökologischer Konsistenz und Dematerialisierung: Hat sich die **Wachstumsfrage** erledigt?“ in Natur und Kultur 6/1 2005
11. Joachim **Bischoff**, Julia Müller: „Allgemeines **Grundeinkommen**“ Fundament für soziale Sicherheit?“**Götz Werner**: „Ein Grund für die Zukunft: das **Grundeinkommen**“ Stuttgart 2006
13. Manfred **Linz**: „Was wird aus der Wirtschaft? Über **Suffizienz, Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit**“ 2006
14. Christian **Felber**: „Neue Werte für die Wirtschaft. Eine Alternative zu Kommunismus und Kapitalismus“; 2008

(Hier oder oben noch einfügen die von Dir benutzten und zitierten Quellen!)